



**1920 : 1945 : 2005**  
**Kammern für**  
**Arbeiter und Angestellte**



**DAS**  
**DEMOKRATISCHE**  
**PLUS**

**Eine Ausstellung zur Geschichte der Arbeiterkammern  
des Instituts für Gewerkschafts- und AK-Geschichte  
in Zusammenarbeit mit dem  
Archiv der Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte  
und der Sozialwissenschaftlichen Bibliothek der AK Wien**



**1867** Die Kaiserdiktatur wird gelockert, Österreich bekommt eine Verfassung und ein Parlament der Besitzenden, Vereine werden erlaubt.



ungszahl (1910

**ÖSTERREICH: Nationalitäten**

- D = Deutsche
- U = Ungarn
- I = Italiener
- R = Rumänen
- C = Tschechen
- P = Polen
- Uk = Ukrainer
- S = Slowenen
- Sk = Serbokroate.
- Sl = Slowaken
- VA = VORARLBERG



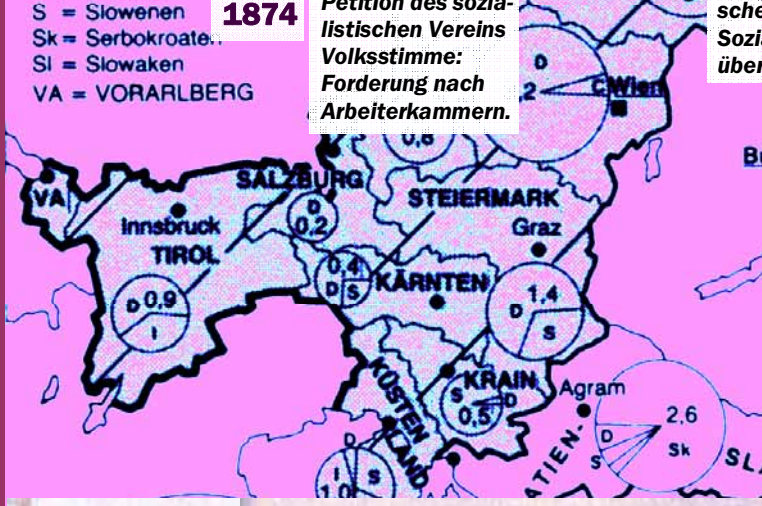
**1886**

Antrag der Liberalen, zu den 353 Sitzen im Parlament (Reichsrat) auch eine „Arbeiterkammerkurie“ mit 9 Mandaten zuzulassen.

**1874**

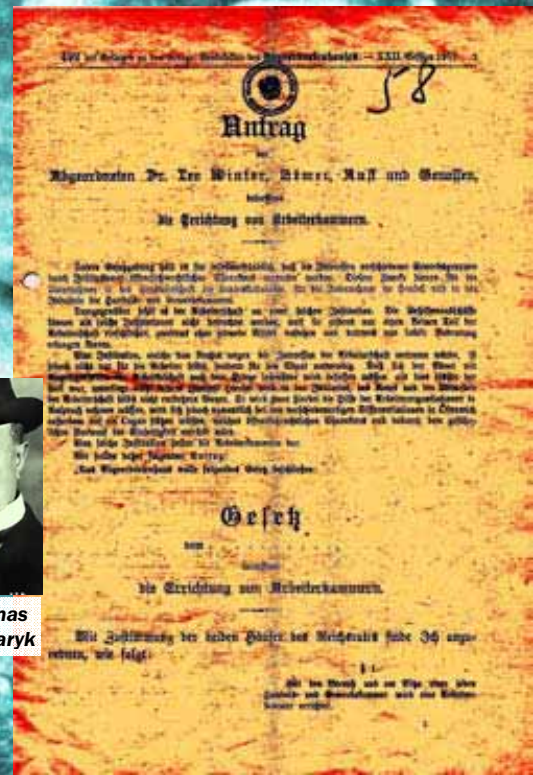
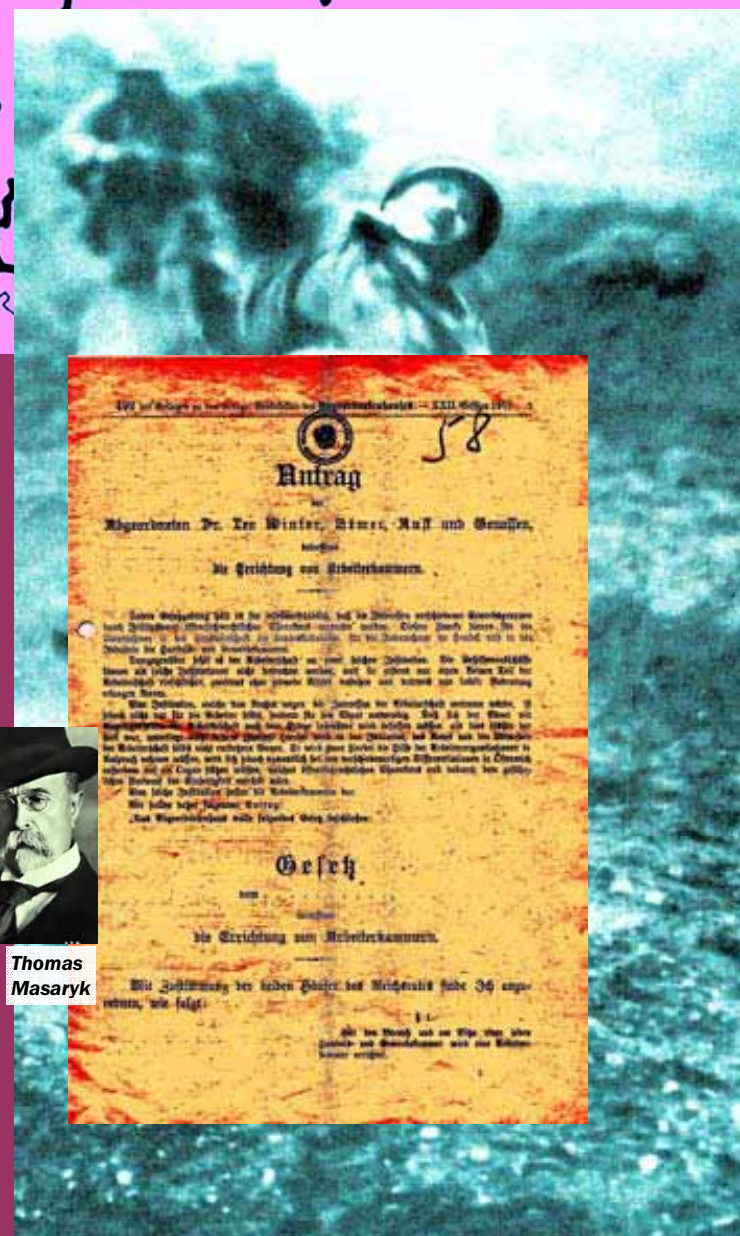
Petition des sozialistischen Vereins Volksstimme: Forderung nach Arbeiterkammern.

Der Arzt Victor Adler: Keine Arbeiterkammern als Ersatz für ein demokratisches Wahlrecht! Die 1889 gegründete Sozialdemokratische Arbeiterpartei übernimmt diese Parole.



**1893**

Gründung der Reichskommission der Freien Gewerkschaften - GewerkschafterIn zu sein, ist seit 1970 nicht mehr kriminell. Die GewerkschafterInnen stehen an der Spitze der Wahlrechtskampagne.



**1905**

Höhepunkt der Wahlrechtskampagne im Dezember 1905: die bisher größte Demonstration Österreichs vor dem Parlament. Der Erfolg kommt 1 ½ Jahre später.

**1907**

Erste demokratische Wahlen zum Reichsrat – aber nur für Männer. Viele Gewerkschafter erhalten ein Mandat als sozialdemokratische Abgeordnete.

**1914**

Im Ersten Weltkrieg herrscht wieder pure Diktatur.

**1917**

Erst, als sich das Ende der Monarchie ankündigt, wird das Parlament wieder einberufen.



Thomas Masaryk

Die erste Initiative für ein modernes Arbeiterkammergesetz kommt 1917 von den tschechischen Sozialdemokraten, unterstützt auch vom späteren Staatspräsidenten der CSR, Thomas Masaryk. Die Freien und die Christlichen Gewerkschaften fordern Arbeiterkammern.



**1918 – die Monarchie zerfällt. Österreich wird demokratische Republik. 1919 dürfen Frauen erstmals wählen – die konstituierende Nationalversammlung. Sie beschließt am 26. 2. 1920 die Errichtung von Kammern für Arbeiter und Angestellte und am 2. 10. 1920 die modernste Verfassung der Welt.**



**Ferdinand Hanusch, Sozialstaatssekretär in der Regierung Renner und einer der Vorsitzenden der Reichskommission der Freien Gewerkschaften. Mit seinem Namen ist die vorbildliche Sozialgesetzgebung der jungen Republik verbunden – auch die Errichtung der Arbeiterkammern. Er wird nach dem Ausscheiden der Sozialdemokraten aus der Regierung erster Direktor der AK in Wien.**

**Erst 1921 ist die Gleichberechtigung der ArbeitnehmerInnen ganz erreicht: Die AK ist jetzt den Unternehmerkammern gleichgestellt.**



Obwohl das Kammergesetz vom 26. Februar 1920 in der Fassung vom 1. Oktober 1920 in einer jeden Hinsicht ausschließen den Wille in § 3 festsetzt, dass die Staatsminister, Landesregierungen und Landesräte Gesetzentwürfe, die gewerbliche, industrielle oder kommerzielle Interessen oder Fragen der Arbeiterkammern betreffen, vor der Einbringung dieser Gesetzentwürfe in den gesetzgebenden Körperschaften, ebenso wie besonders wichtigen Teilungsvorschlägen, die die erwähnten Interessen und Fragen betreffen, vor ihrer Erlassung den Arbeiterkammern zur Begutachtung zu übermitteln haben, obwohl ferner durch das Kammergesetz vom 14. Juli 1921 über die Gleichstellung der Arbeiterkammern mit den Handelkammern der Wirkungskreis der Kammern noch weiter ausgedehnt und durch die Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 22. August 1921 vollkommen genau abgegrenzt wurde, bewies die tatsächliche Praxis des Bundesregimentes, dass die nachstehende Vorlage, sei es in Übereinstimmung mit dem Inhalt dieser Verordnung die Begutachtung von wichtigen Entwürfen, von Gesetzen und Verordnungen vorabzusuchen.

so insbesondere bei der Vorlage über die Erhöhung der Finanzkraft, die auch bei anderen angelegentlichkeiten grundsätzlich vereinbart, das Votum der sozialistischen Arbeiterkammern einholen.

Die Unterzeichneten stellen daher an das Bundesministerium die Anfrage:

- 1) Sind den Herrn Bundeskanzler alle diese Fälle der Gleichstellung der gesetzlichen Rechte der Arbeiterkammern bekannt?
- 2) Ist der Herr Bundeskanzler bereit, die Bundesministerien auf das Hindernis zur Einhaltung der Bestimmungen des Kammergesetzes, sowie des Gleichstellungsgesetzes aufmerksam und alles zu verhindern, was die gesetzlich vorgeschriebene Gleichstellung der Kammern für Arbeiter und Angestellte aufzuheben würde.

**AK-Protest: Manche Regierungsstellen ignorieren das Begutachtungsrecht.**



**Die ersten Frauen im Parlament.**



1921 finden die ersten AK-Wahlen statt. Die ArbeitnehmervertreterInnen in den Vollversammlungen heißen damals „Kammermitglieder“. Es wird als besondere Ehre und Verpflichtung angesehen, ein solches Mandat auszuüben.



Nachdem alle Vollversammlungen gewählt sind, tritt 1921 erstmals der Österreichische Arbeiterkammertag (ÖAKT) zusammen.

	gültige Stimmen		Sozialdemokraten		Christlichsoziale		Deutschnationalisten		Kommunisten		Neutrale		Mandate Österreich insgesamt
	absolut	in % der Wahlberechtigten	in % der gültigen Stimmen	Mandate	in % der gültigen Stimmen	Mandate	in % der gültigen Stimmen	Mandate	in % der gültigen Stimmen	Mandate	in % der gültigen Stimmen	Mandate	
1921	845.632	55,85	83,90	344	13,90	20	7,30	53	2,70	4	0,20	-	421
1926	825.633	66,20	78,80	322	10,40	50	7,30	42	2,80	7	0,18	-	421



Die Arbeiterkammern und die ExpertInnen der AK-Büros können in sehr kurzer Zeit hohe Anerkennung erreichen. Gerade deshalb ist die AK massiven Angriffen von allen Gruppen ausgesetzt, die die Verstärkung der Demokratie durch eine gesetzliche ArbeitnehmerInnenvertretung und die Demokratie insgesamt in Frage stellen.



Im Frühjahr 1933 schaltet die Regierung Dollfuß mit einer vorgeschobenen Begründung den Nationalrat aus. Polizei riegelt das Parlament ab, damit die Abgeordneten sich nicht versammeln können.

**DIE AK-PRÄSIDENTEN 1921 - 1934**

Wien und Niederösterreich	FRANZ DOMES KARL WEIGL
Burgenland (bestellte Beiratsvorsitzende ab 1925)	THEODOR MEIßNER JOHANN BÖHM
Kärnten	HANS VEIT JOHANN SACHAN
Oberösterreich	HANS PREGANT
Salzburg	FRANZ PÜHRINGER HANS GEIGL JAKOB AUER JOHANN ELIAS KARL EMMINGER
Steiermark	HANS MUCHITSCH
Tirol	WILHELM SCHEIBEIN
Vorarlberg	WILHELM SIEß



**Käthe Leichter mit ihrem Mann, dem Journalisten Otto Leichter und den Söhnen Heinz und Franz. Die Familie wird 1938 noch rechtzeitig emigrieren können.**

**1925 entsteht in Wien die erste AK-Frauenabteilung, geleitet von Käthe Leichter, einer der bedeutendsten österreichischen Wissenschaftlerinnen des 20. Jahrhunderts.**

**Die enge Kooperation mit der gewerkschaftlichen Frauenorganisation ist von Anfang an selbstverständlich. Dafür stehen die Namen Anna Boschek und Wilhelmine Moik, ab 1945 die erste Frauenreferentin des ÖGB.**



**Die engagierte Sozialistin verliert 1934 bei der Entdemokratisierung der AK ihren Job. Nach vier Jahren im politischen Untergrund wird sie 1938 von den Nationalsozialisten verhaftet. Als Jüdin hat sie keine Chance, 1942 wird sie ermordet.**



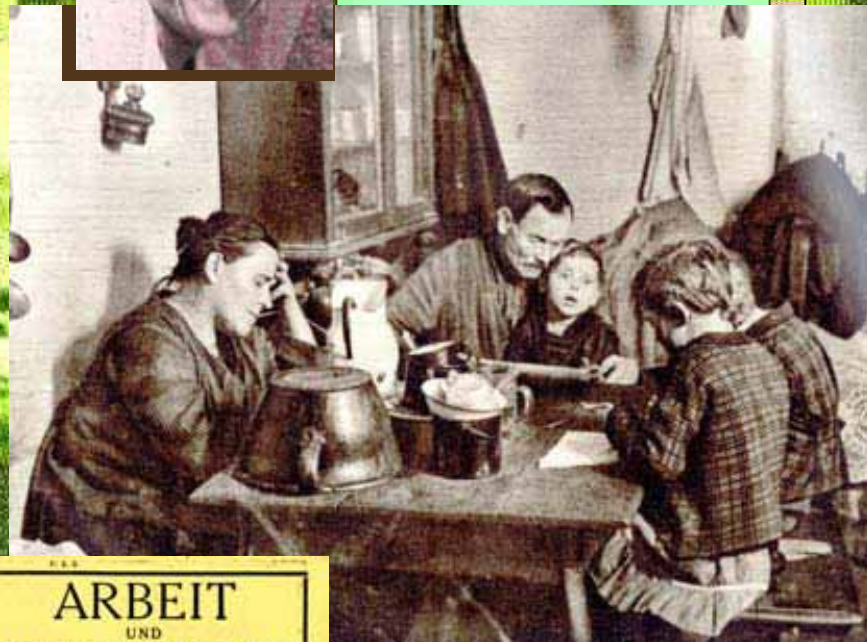
**Wilhelmine Moik 1959 mit dem 80-jährigen Karl Weigl, letzter Wiener AK-Präsident der Ersten Republik.**



Als MitarbeiterInnen einer AK-Hilfsaktion für Arbeitslose können die Mitglieder eines Wissenschafterteams ihre Bahn brechende Studie über die Folgen von Arbeitslosigkeit im niederösterreichischen Marienthal beginnen. Führend im Team: die junge Maria Jahoda.



Unbürokratische Hilfe für Arbeitslose ist in der Wirtschaftskrise zu Beginn der 1930er Jahre eine neue wichtige Aufgabe der Arbeiterkammern. So entsteht in Wien „Jugend am Werk“ mit Werkstätten für arbeitslose Jugendliche. Die Aktion wird auch unter dem autoritären Regime ab 1934 weitergeführt, ebenso wie die Brotverteilung an Arbeitslose in Tirol (hier 1936).



**DIE ARBEITSLSEN VON MARIENTHAL**  
 Von Käthe Leichter

Diese Zustände sind aber nicht stabil, sondern ändern sich ständig zum Schlechteren. Sie müssen sich ändern, denn mit der Zeit wird die Arbeitslosenunterstützung von der Notstandshilfe abgelöst, bis auch diese einmal eingestellt wird. Das Inventar verschlechtert sich ständig. Neuanschaffungen und Reparaturen erfolgen nicht mehr. Von jedem Schilling mehr oder weniger an Unterstützung hängen aber nicht nur Ernährung und Kleidung, hängt auch die ganze Einstellung des Arbeitslosen zum Leben ab. Ein Versuch, die oben genannten räumlichen Gruppen mit dem persönlichen Monatseinkommen zu vergleichen, ergibt im Durchschnitt:

In der Gruppe	Betrag in Schilling
Ungestochen	34
Rogniert	30
Verzweifelt	23
apathisch	19

Versteht man jetzt, was der Kampf um die Arbeitslosenunterstützung bedeutet? Schon eine Differenz von monatlich 5 S heißt, nur mehr mit Saccharin kochen können oder doch noch Zucker verwenden; die Schuhe in Reparatur geben können, oder die Kinder von der Schule zu Hause lassen müssen, weil sie nichts mehr an den Füßen haben; heißt sich gelegentlich eine Zigarette zu 3 Groschen leisten können oder immer nur Stummel auf der Straße aufklauben; 5 Schilling auf oder ab, das bedeutet die Zugehörigkeit zu einer anderen Lebensform."

Es hat sich im letzten halben Jahrhundert ungeheuer viel in der Welt verändert – für Arbeitende, für Arbeitslose und für die ganze Geschichte. Der wichtigste Zusammenhang ist, daß sich die Lebenshaltung aller Menschen, auch der Arbeitslosen, verbessert hat – obwohl es natürlich noch immer ein schreckliches finanzielles Problem für den einzelnen ist, die Arbeit zu verlieren. Das gibt es heute sicherlich nicht in England, und ich bin überzeugt, nicht in Österreich: Menschen, die auf Grund von Arbeitslosigkeit hungern müssen. Damals haben die Menschen aber wirklich gehungert. Vielleicht ist die beste Beschreibung der Verbesserung der sozialen Umstände, daß sich die Lebenserwartung der Menschen in den industrialisierten Ländern um beinahe zwanzig Jahre erhöht hat.

Das macht einen ungeheuren Unterschied in den sozialen Bedingungen aus. Die Gewerkschaften und die Arbeiterparteien haben viel dazu beigetragen, das zustande zu bringen. Das wichtigste Resultat aber ist, daß es trotz dieser verbesserten Lebensbedingungen psychologisch genauso unerträglich ist, arbeitslos zu sein, wie es in den dreißiger Jahren war.



Die 75-jährige Universitätsprofessorin Maria Jahoda, von den Nationalsozialisten zur Emigration in die USA gezwungen und nach 1945 kurz als Leiterin der Frauenabteilung in der AK Wien im Gespräch, 1983 im ORF-Interview mit Franz Kreuzer.

**1933 beginnt der Weg in die Diktatur. Im Jänner 1934 schafft die Dollfuß-Regierung die demokratisch gewählte Selbstverwaltung ab und ersetzt sie durch staatlich bestellte Verwaltungsräte.**



**Vaterländische Front**

Zwei Beispiele

von sieben



**Karl Weigl, gewählter AK-Präsident für Wien und Niederösterreich.**



**Johann Staud, Präsident der Staatsgewerkschaft und Vorsitzender des Verwaltungsrats der AK für Wien und Niederösterreich.**



**Hans Pregant, gewählter AK-Präsident für Oberösterreich.**



**Alfred Maletta, Erster Sekretär der Staatsgewerkschaft und der Arbeiterkammer für Oberösterreich.**

**abgesetzt**

**Vertreter der demokratischen Arbeiterkammern**

**eingesetzt**

**Vertreter der „neuen Arbeiterkammern“ ab 1934**

**Am 12. Februar 1934 wird der sozialdemokratische Widerstand gegen die Zerstörung der Demokratie zerschlagen. Haft und Todesurteile folgen.**



**Auch Josef Stanek, Sekretär der AK in Graz, stirbt am Galgen.**

**Parteien und unabhängige Gewerkschaften sind ab 1934 verboten. Der Bund der Freien Gewerkschaften wird in der Illegalität neu aufgebaut. Sein Vorsitzender ist Karl Mantler, ab Ende 1945 AK-Präsident für Wien, Niederösterreich und das Burgenland.**

**Unterschriftenlisten aus Betrieben gegen den autoritären Kurs in den Arbeiterkammern.**



**Einer, der 1934 seinen Job verliert: Bruno Pittermann, Bildungsreferent der AK für Kärnten und 1945 Erster Sekretär (Direktor) der AK in Wien.**



**Karl Mantlers Deckname im Untergrund ist „Julius“. Deshalb heißt dann in der Zweiten Republik das Boot des ÖGB-Jugenderholungsheims Cap Wörth „Julius“. Die Jugenderholungsaktion wird wesentlich von der AK finanziert.**

**1938 muss die Ständestaat-Diktatur den Nationalsozialisten weichen. Hitlers Wehrmacht marschiert ein.**





Wir danken dem Führer!



Ein Volk - Ein Reich  
Ein Führer!



Bei der „Machtübernahme“ stehen die beiden Arbeiterfiguren noch über dem AK-Eingang vor dem Hakenkreuz, dann kommen sie als Schrott zum Einschmelzen.



1938 - 1945: Die AK-Gebäude, wie hier in Linz, und die AK-Bibliotheken - auch die wertvolle Wiener Bibliothek - sind Eigentum der Deutschen Arbeitsfront DAF.

Widerstand gegen den nationalsozialistischen Terror ist lebensgefährlich. Trotzdem gibt es mutige Menschen, die ihn wagen.

**Die Deutsche Arbeitsfront**  
 Zentralbüro  
 Arbeitswissenschaftliches Institut

Wiedl, Wien I, Theodorfernerstr. 7  
 (Stadtbibliothek)

Herrn  
 Staatssekretär Hillmann  
 F. R. G. 1  
 Filia Eugenstr. 20

Wien, den 23. 5. 38

Mr. Zettel	Mr. Zettel 100	Mr. Zettel 100	Mr. Zettel	Mr. Zettel
				30-7

Sehr geehrter Herr Staatssekretär!

Unter Bezugnahme auf unsere gezeigte Unterredung sowie auf das oben geführte Telefongespräch teile ich Ihnen mit, dass die Bestände bereits am 22. d. M. die Fernstudienbibliothek, die Viktor Adler- und die Wiener-Bibliothek beschlagnahmt und nach Berlin abtransportiert sind. Bei diesen Bibliotheken handelt es sich um Leihgaben der Sozialdemokratischen Partei Österreichs an die Kaiserbibliothek, die also nicht zum eigentlichen Bestand dieser Bibliothek gehört haben. Neben der Einschränkung des Herrn Gauller 0 1 0 5 0 0 1 1 1 1 wünsch ich Ihnen nach Berlin überführt werden dürfte, wenn die Fernstudienbibliothek aus Wien erhalten bleibt, gegenstandslos geworden ist, bitte ich Sie, dem Herrn Gauller vorzuschlagen, dass die Bücher nach Berlin abtransportiert werden kann.

Sie wären so freundlich, mir einen Besuch der Bibliothek in Aussicht zu stellen, und würde ich mich herzlich freuen, wenn ich Sie in den nächsten Tagen begrüßen dürfte.

Sehr geehrt!

W. Zettel

Am 23. Reichsbibliotheksbüro in Göttersdorf  
 am 4. Aug. 1938



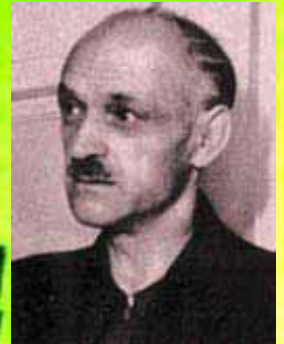
**Käthe Leichter, AK-Frauenreferentin bis 1934, im KZ ermordet.**



**Karl Mantler, ÖAKT-Präsident und Vorsitzender der Gewerkschaft der Lebens- und Genussmittelarbeiter, nach der Rückkehr aus dem KZ.**



**Wilhelmine Molk, Vorsitzende der ÖGB-Frauen und des AK-Faunenausschusses in Wien, nach der Gestapo-Haft.**



**Karl Maisel, Mantlers Nachfolger als ÖAKT-Präsident und Vorsitzender der Metall- und Bergarbeiter, nach der Rückkehr aus dem KZ**



**Johann Staud, Vorsitzender des AK-Verwaltungsrats in Wien, im KZ ermordet.**



**Josef Kittl, Vizepräsident der AK Salzburg und Obmann des ÖGB-Oberösterreich, überlebt Haft und KZ.**



**Veröffentlichung des AK-Wirtschaftsexperten Stefan Wirlandner nach seiner Rückkehr aus der Emigration.**

**Folgen der NS-Herrschaft:**

- GEFALLENE SOLDATEN weit über 17 Millionen
- GETÖTETE ZIVILISTEN weit über 4 Millionen
- KZ-OPFER UND ALS REGIMEGEGNER HINGERICHTETE an die 9 Millionen
- ERHÖHTE ZIVILSTERBLICHKEIT weit über 27 Millionen
- MILLIONEN HABEN IHRE GESUNDHEIT VERLOREN  
Kriegskrüppel an die 28 Millionen
- MILLIONEN HABEN IHRE FREIHEIT VERLOREN  
Kriegsgefangene rund 25 Millionen
- MILLIONEN HABEN IHRE ELTERN VERLOREN  
Kriegswaisen etwa 21 Millionen
- MILLIONEN HABEN IHRE HEIMAT VERLOREN  
Fremdarbeiter und Verschleppte: rund 12 Millionen  
Durch Kampfmaßnahmen vertrieben: an die 70 Millionen  
Nach dem Krieg ausgesiedelt: an die 15 Millionen  
Obdachlose: etwa 20 Millionen

**In der Selbstverwaltung und in den Büros der Arbeitskammern kommt nach 1945 der antifaschistischen Tradition eine besondere Bedeutung zu. Diese Grundhaltung ist in allen Phasen der Zweiten Republik zu erkennen.**



**Die AK als Trägerin antifaschistischer Aufklärung: Die Auswitausstellung wird ab 1965 als eine der ersten breiten Informationsaktionen über den Holocaust in Österreich durch die Bundesländer geschickt.**



**Stiller Protest: Gedenken an die ermordeten Roma vor der AK Wien mit Präsidentin Lore Hostasch im Februar 1995.**



**KONSTITUIERUNG DER  
AK-VOLLVERSAMMLUNGEN**

**Wien + 25. 8. 1945**  
**Niederösterreich +**  
**Burgenland**



**ÖGB-Präsident Böhm, Altbürgermeister Seitz, Staatskanzler Renner und Staatssekretär Schärff bei der Konstituierung in Wien. Renner ist Hauptredner.**

**Konstituierung im Wiener Konzerthaus. Erster Präsident nach dem AKG 1945 ist Karl Krisch, Generalsekretär des neu gegründeten Österreichischen Gewerkschaftsbunds.**

**Tirol 13. 4. 1946**

**Oberösterreich 11. 5. 1946**

**Salzburg 11. 5. 1946**



**Verteilung von Schuhen durch AK und ÖGB. 1946.**



**Salzburg 11. 8. 1945. Ein Vertreter der US-Militärbehörde überreicht den AK-Schlüssel. Das Gesetz von 1920 ist Basis für eine vorläufige Konstituierung.**

**Vorarlberg 22. 6. 1946**

**Steiermark 29. 7. 1946**

**Kärnten 11. 9. 1946**

**Burgenland 4. 10. 1948**

**Niederösterreich 6. 10. 1948**

**Konstituierung 1948 im niederösterreichischen Landhaus.**



**Zerbombte AK-Gebäude 1945: Klagenfurt (oben) und Linz (unten). Auch die AK in Graz ist eine Bombenruine.**





Bundespräsident Körner (oben Mitte) bei der Eröffnung des Franz Domes-Lehrlingsheims der Kammern für Wien und Niederösterreich 1952. Mit dabei: die zuständigen AK-Präsidenten (für Niederösterreich Josef Fuchs links neben Körner, für Wien Karl Mantler rechts neben dem Bundespräsidenten verdeckt). Links außen: ÖGB-Generalsekretär Anton Proksch, vor 1934 Vorsitzender des AK-Jugendbeirats.



Zum 80. Geburtstag von Theodor Körner wird unter Federführung des ÖAKT der Theodor Körner-Preis zur Förderung von Wissenschaft und Kunst geschaffen. Hier eine Preisverleihung in den 1970er Jahren mit Bundeskanzler Kreisky und ÖAKT-Präsident Hrdlitschka.



Im Hintergrund: Schaubild zum Wiederaufbau nach 1945 aus der AK-Ausstellung „100 Jahre Aufstieg einer Klasse“ Anfang der 1950er Jahre.

HUNGER, KÄLTE,  
MANGEL AN DER BEKLEIDUNG



1954 wird ein neues Arbeiterkammergesetz beschlossen. Der Arbeiterkammertag erhält einen eigenen Status als eine Art „10. Arbeiterkammer“, was eine weitaus bessere Koordination ermöglicht.



Die Sozialakademie zählt zwar von Anfang an ArbeitnehmervertreterInnen aus ganz Österreich zu ihren HörerInnen, wird aber Jahrzehnte nur von der AK Wien getragen. Erst seit den 1990er Jahren ist sie eine gemeinsame Einrichtung aller Arbeiterkammern.



Beratung und Hilfe ist, wie hier in Vorarlberg, von Anfang an neben der politischen Interessenvertretung AK-Auftrag. Anfang der 1990er Jahre erhält die Betreuung der KollegInnen mit nichtdeutscher Muttersprache und ihrer Familien einen neuen Stellenwert.



Seit den 1980er Jahren gibt es immer wieder Versuche, die Arbeitnehmerposition durch das Ausschalten der AK zu schwächen. Einige davon sind darauf hinausgelaufen, die AK finanziell zu schwächen.

MACHT DIE ÖSTERR.  
ARBEITERSCHAFT AN



**Entführung aus den Tempeln der „Hochkultur“.**

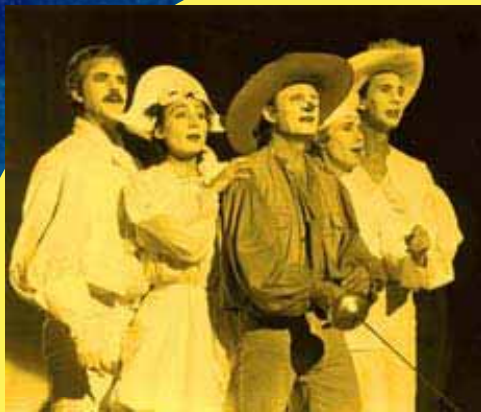
**1976 besiegeln der Österreichische Arbeiterkammertag und die Bundestheaterverwaltung das Projekt „Bundestheater in die Bundesländer“. Burgtheater, Staatsoper und Volksoper gehen zu den SteuerzahlerInnen, die ihre Arbeit finanzieren. Nach 10 Jahren haben fast 170.000 BesucherInnen die Aufführungen an 56 Spielorten gesehen.**



**ÖSTERREICHISCHE BUNDESTHEATER UNTERWEGS**



**Start der Bundestheateraktion mit Nestroy 1976. Hinter der Bühne: ÖAKT-Präsident Adolf Czettel und Unterrichtsminister Fred Sinowatz mit Otto Tausig (links), Fritz Muliar und Fritz Hackl (beide am Sofa).**



**Das Burgtheater mit „Armer Cyrano“ 1985 in Voitsberg \* (oben). Die Staatoper mit „Don Pasquale“ in Gmunden \*\* 1977 (rechts).**

\* Stroux, Eckert, Bißmeier, Vingerhouts, Liewehr.  
\*\* Czerwenka



**Besondere Herausforderung für die Bühnentechnik auf Tournee.**



**Das Staatsopernballett mit „Sinfonie in D“ 1984 (oben). Das Burgtheater mit Nestroys „Das Mädel aus der Vorstadt“ 1982 in Lienz (links).**

*Folkoper* **AK-Tournee**

MATTERSBURG  
Kulturzentrum

Mittwoch, 28. September 1988

**Der Zarewitsch**  
Operette in drei Akten von Bela Jambor  
und Heinz F. ...  
frei nach Zopfska-Scharf  
in einer Einrichtung für die Wiener  
Musik Franz Lehár  
Musikalische Leitung Konstantin ...  
Inszenierung Andreas ...  
und Bühnenbild Gertrude ...  
Kostüme Felicitas ...  
Choreographie

*Österreichische Bundestheater unterwegs*  
Bisher wurden bei den Aufführungen der Österreichischen Bundestheater im Rahmen der AK-Tourneen rund 170.000 Besucher gezählt.  
Nach der überaus erfolgreichen Inszenierung von „My Fair Lady“ kommt die Volkoper nun mit der Operette „Der Zarewitsch“ von Franz Lehár zu uns.  
Wir wünschen diesem Gastspiel der Volkoper in unserem Durcheinander viel Erfolg und ein Zeichen, daß Ihnen dieser Abend viel Vergnügen bereiten wird.

**LANG ERNST PILLEP**  
Präsident der Kammer für Arbeiter und Angestellte im Burgenland





Gemeinsamer Festakt von ÖGB und AK zum Gedenktag „50 Jahre Republik“ am 9. November 1968. Sie dokumentieren damit den untrennbaren Zusammenhang zwischen der Demokratie und der Chance auf eine wirkungsvolle Vertretung der ArbeitnehmerInneninteressen.



KAMMER FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE  
FÜR WIEN

FESTAKT

50 JAHRE REPUBLIK ÖSTERREICH

Sie legen die Basis für den Aufbau von AK und ÖGB in der Zweiten Republik: Karl Mantler und Johann Böhm.



ÖSTERREICHISCHER GEWERKSCHAFTSBUND



Gerhard Weißenberg, AK-Sozialexperte aus dem ÖGB und später Sozialminister, mit Wissenschaftsministerin Herta Firnberg, ehemals Mitarbeiterin der AK Niederösterreich.



In fast allen Bundesländern arbeiten AK und ÖGB auch räumlich eng zusammen.



Besonders eng ist die Kooperation Gewerkschaft – AK von Anfang an auch bei der Berufsausbildung.



AK und ÖGB für Österreichs EU-Beitritt, aber ohne rosarote Brille. (Von links: AK-Präsident Heinz Vogler, Staatssekretärin Brigitte Ederer, früherer AK-Experte, und ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch.)



Die Präsidenten des Gedenkjahrs 2005, Herbert Tumpel und Fritz Verzetnitsch.



Die AK-Wahlen sind nach Nationalrats- und Landtagswahlen die größten Wahlen in Österreich. Die demokratische Legitimation ist Voraussetzung für eine unabhängige Interessenvertretung gegenüber dem Staat.



Die AK-Wahlordnung wird seit 1949 laufend verbessert. Bei den Wahlen 2000 wird erstmals Briefwahl ermöglicht und die Wahl im Betrieb erhält Vorrang vor öffentlichen Wahllokalen. Damit sollen möglichst viele ArbeitnehmerInnen trotz der veränderten Arbeitswelt die Chance haben, ihr demokratisches Recht auszuüben.

## DIE AK-PRÄSIDENT/INNEN IN DER ZWEITEN REPUBLIK

- WIEN, NIEDERÖSTERREICH, BURGENLAND (AK in Wien)**
  - Karl Krisch (1945)
  - Karl Mantler (1945 – 1948)
- BURGENLAND**
  - Friedrich Szenkuröck (1948 – 1961)
  - Franz Babanitz (1961 – 1983)
  - Ernst Piller (1983 – 2000)
  - Alfred Schreiner (ab 2000)
- KÄRNTEN**
  - Julius Lukas (1946)
  - Paul Truppe (1946 – 1958)
  - Josef Greinecker gf. Präsident (1958/1959)
  - Hans Schreiber (1959 – 1969)
  - Ernst Stecher (1969 – 1979)
  - Josef Quantschnig (1979 – 2002)
  - Günther Goach (ab 2002)
- NIEDERÖSTERREICH**
  - Josef Fuchs (1948 – 1964)
  - Franz Horr (1964 – 1974)
  - Josef Hesoun (1974 – 1991)
  - Karl Hundsmüller (1991 – 1994)
  - Josef Staudinger (ab 1994)
- OBERÖSTERREICH**
  - Heinrich Kandi (1946 – 1959)
  - Franz Thanhofer (1959 – 1968)
  - Sepp Schmidl (1968 – 1982)
  - Fritz Freyschlag (1982 – 1999)
  - Hubert Wipplinger (1999 – 2003)
  - Johann Kalliauer (ab 2003)
- SALZBURG**
  - Hans Webersdorfer (1945/46 – 1955)
  - Ferdinand Putz (1956 – 1965)
  - Josef Horak (1965)
  - Karl Steinocher (1965 – 1966)
  - Josef Brunauer (1966 – 1983)
  - Herbert Suko (1983 – 1998)
  - Alexander Böhm (1998 – 2003)
  - Siegfried Pichler (ab 2003)
- STEIERMARK**
  - Otto Möbes (1946 – 1953)
  - Eduard Schwarz (1953 – 1975)
  - Franz Ileschitz (1975 – 1987)
  - Alois Rechberger (1987 – 1990)
  - Erich Schmid (1990 – 1995)
  - Walter Rotschädl (ab 1995)
- TIROL**
  - Josef Wilberger (1946 – 1949)
  - Josef Gänssinger (1949 – 1964)
  - Hermann Schmidberger (1964 – 1974)
  - Karl Gruber (1974 – 1984)
  - Ekkehart Aabenstein (1984/85)
  - Josef Kern (1985 – 1991)
  - Friedrich Dinkhauser (ab 1991)
- VORARLBERG**
  - Anton Lindner (1946 – 1956)
  - Karl Graf (1956 – 1967)
  - Heinrich Grassner (1967 – 1969)
  - Bertram Jäger (1969 – 1987)
  - Josef Fink (ab 1987)
- WIEN(+ ÖAKT/BAK-PRÄSIDENT/INNEN)**
  - Karl Mantler (1948 – 1955)
  - Karl Maisel (1956 – 1964)
  - WilhelmHrdlitschka (1964 – 1976)
  - Adolf Czettel (1976 – 1988)
  - Heinz Vogler (1988 – 1994)
  - Eleonore Hostasch (1994 – 1997)
  - Herbert Tumpel (ab 1997)

	erfasste Wahlberechtigte	gültige Stimmen			SPÖ (1949) FSG Sozialistischer/ Sozialdemokratischer Gewerkschafter/innen (ab 1954)			ÖAAB Österreichischer Arbeiter- und Angestelltenbund der ÖVP (1949) ÖAAB/FCG mit der Fraktion christlicher Gewerkschaften im ÖGB (ab 1954)			Kommunistische Partei und Linksblock (1949) GE Gewerkschaftliche Einheit (1954 – 1969) GLB Gewerkschaftliche Einheit (ab 1974)			GE Teile der ehem. KP-Fraktion (1979) Gemeinsam mit Alternativen (ab 1984) AUGE/UG Alternative und grüne GewerkschafterInnen/Unabhängige GewerkschafterInnen (ab 1999/2000)			VdU Verband der Unabhängigen (1954) WdU Wählergruppe der Unabhängigen und Parteilosen (1954) FA Freilichtliche Arbeitnehmer (ab 1999)			andere zusammen			Mandate Österreich insgesamt
		absolut	in % der Wahlberechtigten	in % der gültigen Stimmen	Mandate	in % der gültigen Stimmen	Mandate	in % der gültigen Stimmen	Mandate	in % der gültigen Stimmen	Mandate	in % der gültigen Stimmen	Mandate	in % der gültigen Stimmen	Mandate	in % der gültigen Stimmen	Mandate	in % der gültigen Stimmen	Mandate				
1949	1.116.680	905.736	81,11	64,43	504	14,23	120	9,69	56												797		
1954	1.310.974	950.406	72,50	68,65	569	15,99	139	9,89	58												810		
1959	1.496.188	977.792	65,35	68,40	569	18,63	161	6,57	40												810		
1964	1.660.593	1.051.446	63,32	66,46	555	21,35	180	6,65	37												810		
1969	1.661.207	1.036.084	62,37	68,03	560	23,52	195	2,54	11												810		
1974	1.913.906	1.233.251	64,44	63,38	531	29,13	239	2,37	10												810		
1979	1.970.025	1.202.876	61,06	64,32	534	30,96	252	1,16	4	0,28	1	3,23	20	0,02							810		
1984	2.000.547	1.271.847	63,57	58,66	502	36,54	317	1,36	5	0,29		2,47	13	0,14							840		
1989	2.039.176	978.005	47,96	59,81	510	29,14	317	1,71	4	1,08	3	7,70	63	0,08							840		
1994	2.675.166	783.823	29,30	54,33	461	26,12	238	1,13	1	1,95	5	14,41	116	1,64							840		
1999/2000	2.400.520	1.155.173	48,12	57,53	482	26,18	232	0,78	2	3,65	26	9,72	83	1,40							840		
2004	2.488.509	1.182.720	47,53	63,41	539	23,73	206	0,78	2	4,35	33	4,90	-41	1,72							840		

## Die Frage

Sind Sie dafür, dass die Kammer für Arbeiter und Angestellte als gesetzliche Interessenvertretung aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bestehen bleibt?



Unter dem Druck einer Kampagne gegen die AK wird die „Pflichtmitgliedschaft“ in allen Kammern hinterfragt. Weil aber Kammern ohne gesetzliche Zugehörigkeit nach österreichischem Recht nicht möglich sind, bedeutete das in Wirklichkeit den Ruf nach Abschaffung der gesetzlichen Interessenvertretungen. Bei der freiwilligen Mitgliederbefragung 1996 – die Regierung hat eine entsprechende Forderung wieder zurückgezogen – wird deshalb auch die Frage gestellt, um die es tatsächlich geht. Die Zustimmung zur AK erreicht ein sensationelles Ausmaß.

Ergebnisse der Mitgliederbefragung							
	Stimm-berechtigte	abgegebene Stimmen	%	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Burgenland	50.624	38.109	75,3	34.900	2.559	93,2	6,8
Kärnten	131.866	79.540	60,3	72.701	6.059	92,3	7,7
Niederösterreich	358.678	248.523	69,3	226.196	20.270	91,8	8,2
Oberösterreich	410.532	314.810	76,7	283.476	28.524	90,9	9,1
Steiermark	314.391	212.558	67,6	191.244	19.796	90,6	9,4
Salzburg	157.130	93.217	59,3	84.419	7.323	92,0	8,0
Tirol	193.629	154.384	79,7	139.535	12.808	91,6	8,4
Vorarlberg	102.019	57.196	56,1	51.075	5.366	90,5	9,5
Wien	599.993	394.798	58,3	305.389	41.284	88,1	11,9
Österreich	2.318.862	1.548.135	66,8	1.388.935	143.989	90,6	9,4



**AK-Kärnten: 140.000**  
findet die AK Mitgliederbefragung vom 1. bis 28. März 1996.



**Mitgliederbefragung der AK Niederösterreich: »Ja zur AK«**

«Sind Sie dafür, daß die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich als gesetzliche Interessenvertretung aller niederösterreichischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bestehen bleibt?»

Mit dieser Frage wendet sich die Niederösterreichische Arbeiterkammer an 15. April an ihre Mitglieder.

**AK DEM 15,4**  
AM ARBEITSORT UND IN DEN AKNO-ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

**AK DEM 2,6**  
IN ÖFFENTLICHEN ARBEITSMÖGLICHKEITEN

**JA ZUR AK!**

Ja zur Sozialpartnerschaft, Ja zum Arbeitsmarktschutz, Ja zur sozialen Gerechtigkeit, Ja zu gemeinsamer Stärke.

**JA ZUR AK! Bei der AK-Mitgliederbefragung 22. April bis 11. Juni**

Wichtige Fragen? Nehmen Sie an der Mitgliederbefragung teil. Sie entscheiden über die Zukunft der Arbeiterkammer in Österreich.

**AK Burgenland: Näher zum Mitglied**

Burgensland wird die zweite Kammer sein, wenn die Mitglieder der Arbeiterkammer zustimmen. Sie entscheiden, ob die Interessenvertretung bestehen bleibt. (Die AK Vorarlberg hat ja bereits Mitte März mit der Mitgliederbefragung begonnen.)

**40 Ein starker Partner**

Wir stehen für Zuverlässigkeit.

**AK-Mitgliederbefragung: Notare verzichten auf Honorar**

Notare verzichten auf Honorar. Notarrecht übergeht vollständig an Rechtsanwältinnen und -anwälte im Werk.

**Eine starke Interessenvertretung für alle Arbeitnehmerinnen**

Die AK Wien hat im Jahr 1996 einen entscheidenden Schritt in die Zukunft gemacht. Die Überwachung und Durchsetzung des Notarrechts übergeht vollständig an die Rechtsanwältinnen und -anwälte im Werk. Dieser Schritt ist ein wichtiger Schritt in der Entwicklung der Arbeiterkammer als Interessenvertretung aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmerinnen.

**AK Steiermark: »Befragung ist Chance!«**

Die Mitgliederbefragung in der steirischen Arbeiterkammer wird vom 2. bis 30. Mai 1996 durchgeführt. Rund 250.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind dazu aufgerufen, über den Fortbestand der Interessenvertretung zu entscheiden. Mit neuer persönlicher Führung und intensiver Dienstleistungs- und Beratungsangebote hat die AK Steiermark alles unternommen, um für diese Zukunftentscheidung gerüstet zu sein.

**Ja zu meiner AK**

Mitgliederbefragung Mai '96

## Einstimmiger Beschluss der Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer vom November 2000.

### Aktionsprogramm AK-Plus

Die Veränderungen in unserer Gesellschaft sowie die daraus erwachsenden gesellschaftspolitischen Herausforderungen verlangen auch von der Arbeiterkammer neue Leistungen für ihre Mitglieder. Um diesen Anforderungen gerecht werden zu können und als konsequente Fortsetzung der laufenden Rationalisierungsmaßnahmen startet die Arbeiterkammer bundesweit das Aktionsprogramm „AK-Plus“ mit folgenden Zielsetzungen:

1. Auf der Grundlage neuester empirischer Befunde werden die Arbeiterkammern zusätzliche Leistungsschwerpunkte, insbesondere im Bereich der beruflichen Bildung und der modernen Kommunikationstechnologien sowie beim Informationsangebot setzen.
2. Ausschöpfung von Einsparungspotentialen durch konsequentes Kostenmanagement in den Länderkammern und durch verstärkte Kooperation auf Bundesebene.
3. Überprüfung des bestehenden Leistungsportfolios unter zwei Gesichtspunkten:
  - Kosten-Nutzen-Orientierung für unsere Mitglieder
  - Welche neuen Leistungen brauchen unsere Mitglieder, um den raschen wirtschaftlichen und sozialen Strukturwandel bewältigen zu können und damit auch den Standort Österreich wettbewerbsfähig zu erhalten?In diesem Zusammenhang wird sich auch die Frage stellen, welche Anforderungen ein neues Sozialpartnerbeziehungsverständnis (z.B. mehr Regelungskompetenz auf betrieblicher Ebene, ...) an das Leistungsangebot der jeweiligen Interessenvertretung stellt.
4. Ausbau der Mitgliedernähe, um neue Formen der Rückkopplung und Mitsprache unserer Mitglieder zu ermöglichen, aber auch um besser auf zielgruppenspezifische Bedürfnisse eingehen zu können (z.B. junge Arbeitnehmer, Frauen, ...).

Im Einzelnen wird sich das AK-Plus-Programm auf drei Leistungsbereiche beziehen:

- a) Arbeiterkammer als kollektive Interessenvertretung
- b) Arbeiterkammer als Dienstleister gegenüber unseren Mitgliedern - externe Dienstleistungen (Rechtsschutz, Konsumentenberatung, Bildungsberatung, Kulturangebote, ...)
- c) interne Dienstleistungen (Revision, Facility Management, Controlling, Personalentwicklung, ...), die für Qualität und Effizienz unseres Leistungsangebotes ausschlaggebend sind



## BUNDEARBEITSKAMMER TÄTIGKEITSBERICHT

Das von allen Länderkammern gemeinsam getragene Programm AK plus wurde konsequent ausgebaut, und die Arbeiterkammern haben ihre Leistungen auch an die sich ändernden Bedürfnisse der Mitglieder angepasst.

Als erfolgreichstes AK plus-Programm erwies sich der Bildungsgutschein im Wert von 100 Euro, mit dem die Mitglieder bei ihrer Weiterbildung finanziell unterstützt werden. Im Jahr 2002 haben bundesweit fast 50.000 Mitglieder diese neue AK plus-Leistung in Anspruch genommen.

Im Konsumentenschutz wurden vor allem die Internet-Angebote ausgebaut und die Rechtsvertretung in Musterprozessen weiterentwickelt.

In einem der großen Projekte – dem gemeinsamen Internetauftritt der Länderkammern - wurde die Konzeptphase abgeschlossen. ....

# REPUBLIK



Vorarlbergs AK-Präsident Anton Lindner und Staatspräsident Karl Renner bei der ersten Jungbürgerfeier 1946, die die AK aus der Schweiz „importiert“ hat. Die Festigung und Weiterentwicklung der Demokratie liegt im Grundinteresse der ArbeitnehmerInnen.



Die Arbeiterkammer ist dazu da, nicht nur für die Arbeitenden selbst eine Beratungsstelle zu bilden, sondern auch einen Stab wissender und wissenschaftlich strebender Vorkämpfer der Arbeiterklasse zu erziehen, welche neben den oft ausgezeichnet geschulten Vertretern der übrigen Kammern den Staat beraten und die eigenen Auftraggeber über all die gesellschaftlichen und politischen Zusammenhänge aufklären, gegen welche ihre Forderungen einzugreifen bestimmt sind.

Staatskanzler Karl Renner bei der Konstituierung der AK in Wien am 25. August 1945.



Die Kammern sind in Österreich wesentliche Instrumente der Sozialpartnerschaft. Diese ist eine Partnerschaft, die auf Freiwilligkeit beruht und deren Zwecksetzung, wie Chartal anmerkte, gerade deshalb vielschichtiger Wirkung besitzt als manche gewöhnlich genau definiertes und festgelegte Regelungen.  
Im Interesse des sozialen Friedens muss man dabei jeder Aktion gegen die Schlichtkraft der Kammern energisch entgegenstellen, auch wenn sie sich mit propagandistischen Zielsetzungen fassen.  
Wer die Schlichtkraft der Kammern unterminiert, handelt gegen die Interessen derer, die sie vertreten, im Falle der Arbeiterkammer damit gegen die Interessen der österreichischen ArbeitnehmerInnen.

## Die Marktkräfte brauchen soziale Spielregeln

A&W-Gespräch mit BAK-Präsident Herbert Tumpel

den Arbeitgebern. Eines ist sicher: Nur der Markt, wie er vielfach propagiert wird, wird sicher keine menschlichen Lösungen zustande bringen. Das kann man an den Beispielen Amerika und Großbritannien deutlich beobachten. Die Marktkräfte brauchen soziale Spielregeln. Ohne soziale Spielregeln werden keine sozialen Ziele erreicht werden können.  
*«A&W»: Und was bedeutet das für den einzelnen?*  
Tumpel: Mehr Schutz im Sinne von Absicherung. Schutz, wo er sich einzeln eben nicht wehren kann, sondern wo er den Schutz der Kollektivverträge, des Rechts ganz einfach braucht.



SchülerInnenkongress der Kärntner Gewerkschaftsjugend mit Unterstützung der AK 1988. Die AK-Wahlen 2000 sind die ersten Wahlen auf Landesebene, bei denen Lehrlinge und damit Jugendliche Stimmrecht haben.

# ÖSTERREICH